

**Interpellation Nr. 88 (September 2025)**

25.5361.01

betreffend Medikamentenpreise allein für den Profit oder mit Nutzen für die Allgemeinheit?

In jüngster Vergangenheit wurde öffentlich, dass die beiden in Basel ansässigen Pharmakonzerne Roche und Novartis mit dem Rückzug von Medikamenten vom Schweizer Markt drohen bzw. diesen bereits vollzogen haben – offenbar aus Gründen, die mit der Preisgestaltung in Zusammenhang stehen. Roche hat laut Medienberichten das Krebsmedikament Lunsumio zurückgezogen, da man mit den Behörden keine Einigung über den Preis erzielen konnte (vgl. [SRF, 3. Juli 2025](#)). Novartis wiederum droht offen mit einem Markt-Rückzug einzelner Präparate (vgl. [Handelszeitung, 25. Juni 2025](#)).

Diese Entwicklung wirft Fragen zur gesellschaftlichen Verantwortung dieser Konzerne auf – zusätzlich insbesondere auch im Hinblick auf die Förderung durch das Standortpaket, dessen Umsetzung nun ansteht.

Darum bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass Medikamente, die unter Mitwirkung von öffentlichen Geldern – etwa über das Standortförderungspaket oder Forschungsbeiträge – entwickelt werden, auch tatsächlich der Bevölkerung in der Schweiz zugutekommen und nicht aus kommerziellen Gründen zurückgezogen werden?
- Kann sich der Regierungsrat vorstellen, Förderbeiträge künftig an Bedingungen zu knüpfen, wonach Medikamente, die mit öffentlicher Unterstützung entwickelt wurden, zu einem sozialverträglichen Preis angeboten werden müssen? Könnten diese Bedingungen in die Verordnung des Standortpaketes integriert werden? Kann sich der Regierungsrat beispielsweise eine Kombination mit dem degressiven Prozentsatz vorstellen?
- Thematisiert der Regierungsrat in seinem Austausch mit Roche und Novartis die Medikamentenpreise?
- Wie beurteilt der Regierungsrat grundsätzlich das Verhalten von Roche und Novartis, überhöhte Medikamentenpreise zu fordern und damit indirekt zur Steigerung der Krankenkassenprämien beizutragen?
- Wie sieht der Regierungsrat seine Rolle als Vertreter der Basler Bevölkerung im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Pharma-Konzerne mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG)?

Beda Baumgartner